

- ☐☐ **Demonstration gegen Massentierhaltung und Gentechnik**

Unter dem Motto "Wir haben es satt – Nein zu Gentechnik, Tierfabriken und Dumpingexporten" haben am Samstag in Berlin 22.000 Menschen für eine grundlegende Reform der Agrarpolitik, die Abkehr von der industrialisierten Landwirtschaft und besseren Verbraucherschutz demonstriert. Bei der bislang größten Demonstration dieser Art zogen Bauern, Umweltschützer, Imker und Verbraucher gemeinsam vom Berliner Hauptbahnhof zur Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor.

Mit 60 Bussen, Zügen und über 70 Traktoren waren Tausende Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet zu der Demonstration angereist. Getragen wurde die Veranstaltung von mehr als 120 Bauern- und Umweltverbänden, Bürgerinitiativen gegen Massentierhaltung und Gentechnik, sowie von Eine-Welt-Gruppen. Anlass der Demonstration ist die von der Bundesregierung ausgerichtete Agrarwirtschaftskonferenz, die heute auf der "Grünen Woche" in Berlin beginnt.

Auf der Abschlusskundgebung am Brandenburger Tor wurde als Konsequenz aus dem Dioxin- und anderen Lebensmittelskandalen gefordert, Bundesregierung und EU sollten statt Agrarfabriken die bäuerliche Landwirtschaft fördern. "Diese Berliner Kundgebung ist nur der Auftakt zahlreicher weiterer Aktionen", sagte der BUND-Vorsitzende Hubert Weiger in seiner Rede. "Die Gesellschaft fordert die Durchsetzung einer artgerechten Tierhaltung, die Abkehr vom Irrweg der Gentechnik und die Umlenkung der Subventionen weg von der Agrarindustrie hin zur bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft."

Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sagte: "Massentierhaltung und Gentechnik sind eine gefährliche Sackgasse für die Bauern und ein erhöhtes Risiko für die Verbraucher. Agrarfabriken gehören verboten und nicht weiter mit Steuergeldern subventioniert. Tiergerechte Haltung, heimisches Futter und besonders Eiweißfutter ohne Gentechnik - das ist unsere Zukunft!"

Für die Veranstalter erklärte
Campact-Geschäftsführer Felix Kolb: "Der heutige
Protest zeigt: Die Bevölkerung will ein Ende der
industriehörigen Landwirtschafts- und
Lebensmittelpolitik. Strengere
Lebensmittelkontrollen alleine reichen nicht aus. Wir
brauchen eine grundlegende Wende in der
Agrarpolitik. Bundesagrарministerin Ilse Aigner
muss eine echte EU-Agrarreform und den Ausstieg
aus der Massentierhaltung voranbringen anstatt
beides zu bremsen."

Besonderen Beifall erhielt die Rede des alternativen
Nobelpreisträgers Nnimmo Bassey aus Nigeria,
Vorsitzender der internationalen
Umweltorganisation Friends of the Earth (Freunde
der Erde). Die Auswirkungen der europäischen
Agrarpolitik seien für die Entwicklungsländer
verheerend, sagte er. Der weltweite Protest der
Zivilbevölkerung gegen Gentechnik, Agrarfabriken
und Dumping-Exporte sei für die
Ernährungssicherheit der Welt dringend notwendig.

- [Mehr Informationen zur Demo](#)

- **□ □ Mehr Transparenz und Systemwechsel in Landwirtschaft**

Die Bundesgeschäftsführerin der LINKEN, Caren Lay übt scharfe Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung im Dioxinskandal. Lay fordert mehr Transparenz und einen Systemwechsel zu einer ökologischen und nachhaltigen Landwirtschaft. Das Grundproblem sei die Industrialisierung und Globalisierung der Landwirtschaft mit ihren riesigen, am

Weltmarkt orientierten Agrarfabriken, so Lay. Hochindustrielle Produktionsweisen fernab von regionalen Wirtschaftskreisläufen und unzureichende Kontrollen habe kriminellen Energien Tür und Tor geöffnet.

DIE LINKE fordert stattdessen eine nachhaltige Agrar- und eine vorsorgende Verbraucherpolitik. Aigner müsse endlich reinen Tisch machen und Ross und Reiter nennen. Das fordert inzwischen sogar der Bauernpräsident. Die Namen der betroffenen Betriebe gehören endlich auf den Tisch. Alle Informationen der Behörden und der privaten Kontrolleure müssen der Öffentlichkeit zugänglich sein. Gute Verbraucherinformation sei ein wichtiger Bestandteil der Prävention.

- ☐☐ **Informationsfreiheit**

Die internationale
Antikorruptionsorganisation
Transparency International
Deutschland hat anlässlich des
fünften Geburtstages des
Informationsfreiheitsgesetzes (IFG)
die Stärkung der Informationsrechte
der Bürger gefordert. Edda Müller,
Vorsitzende von Transparency
Deutschland, wies in ihrer Ansprache
beim Empfang des
Bundesbeauftragten für
Informationsfreiheit gestern Abend auf

die bestehende Defizite und
Umsetzungsmängel des IFG hin.

Lange Bearbeitungszeiten,
ablehnend eingestellte Behörden
und der übermäßige Verweis auf
Betriebs- und
Geschäftsgeheimnisse entmutigen
die Bürger, sich an politischen
Prozessen zu beteiligen. "Auf der
einen Seite reklamiert die Politik,
Bürger ernst zu nehmen und in
politische Planungsprozesse stärker
einbeziehen zu wollen. Auf der
anderen Seite hinkt Deutschland in
Sachen Informationsfreiheit und Open

Government anderen Ländern hinterher. Ich habe den Eindruck, dass der politische Wille zu transparentem Behördenhandeln fehlt", so dda Müller.

E

Transparency fordert weiterhin, dass Regierungshandeln ausreichend dokumentiert werden muss, um nachprüfbar zu sein. Als Beispiel wird auf die IFG-Anfrage von Transparency zu den Verhandlungen über die Verlängerung der Atomlaufzeiten

verwiesen. Während die Veröffentlichung der Vereinbarung der Regierung mit den Stromkonzernen aufgrund des hohen öffentlichen Drucks schließlich erfolgte, verwies das Bundeskanzleramt bei der Frage nach Teilnehmerliste und Protokoll darauf, dass "weder ein Protokoll noch eine Teilnehmerliste der Sitzung am 5./6. September 2010 im Bundeskanzleramt vorhanden sind".

Edda Müller: "Das Vertrauen der

Bürger in eine unparteiische, zur Gleichbehandlung aller Bürger und Interessen verpflichteten Verwaltung und Regierung ist angesichts zahlreicher Beispiele erfolgreicher Lobbytätigkeit insbesondere starker Wirtschaftsinteressen zunehmend erschüttert. Die Öffentlichkeit muss das Recht haben zu erfahren, wer, zu welchem Aspekt und Streitpunkt, welches Gutachten liefert sowie welche Sachverständigen und Lobbyisten im Rahmen von Gremien und in Form von Stellungnahmen am Entscheidungsprozess beteiligt

waren. Die Zeit von
Geheimverhandlungen hinter
verschlossener Tür sollte der
Vergangenheit angehören."

- [Zur Ansprache von Edda
Müller beim Empfang des
Bundesbeauftragten für
Informationsfreiheit am
19.01.2011](#)

- Tunesien lässt politische Häftlinge frei

Reporter ohne Grenzen
(ROG) begrüßt die
Freilassung des

tunesischen Journalisten
Fahem Boukadous am 19.
Januar 2011. Der
Fernsehjournalist war unter
der Regierung von Zine el
Abidine Ben Ali zu
mehreren Jahren
Gefängnis verurteilt
worden und seit Juli 2010
in Haft. Boukadous
Freilassung folgte auf die
Ankündigung der
tunesischen

Übergangsregierung am
17. Januar, alle politischen
Häftlinge zu entlassen.

Bis zu dem Datum waren
bereits alle seit Ende
Dezember 2010
festgenommenen
Journalisten und
Internetaktivisten
freigelassen worden. Der

tunesische
Übergangspräsident
Foued Mebazaa hat
derweil zudem die
Einhaltung der
Grundsätze der
Pressefreiheit
versprochen. Boukadous
arbeitete vor seiner
Inhaftierung beim
tunesischen privaten
Satelliten-TV-Sender El

Hiwar Eltounsi.

Nach seiner
Berichterstattung über
Arbeiterproteste in der
Minenregion Gafsa im
Zentrum des
nordafrikanischen Landes
im Jahr 2008 wurde der
Journalist in Abwesenheit

zu vier Jahren Gefängnis
verurteilt. Ihm wurden
“Bildung einer kriminellen
Vereinigung“
vorgeworfen, die
“geeignet sei, Personen
und ihren Gütern
Schaden zuzufügen“. Im
Juli 2010 hatte ein
Berufungsgericht den
Richterspruch bestätigt.

Geschrieben von: Baraka

Samstag, den 22. Januar 2011 um 23:44 Uhr

{jcomments on}